Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Neue Sprachregelung: Kiew wird Kyjiv – und verliert trotzdem
2. Zu unkritisch gegenüber Selenskyj? EU will Ukraine zur Reform von Kriegs-TV-Sendung bewegen
3. Georgien sollte nicht der Alternative EU oder Russland ausgesetzt sein
4. Flüchtlingsabwehr vor Recht
5. So vielen Totalverweigerern wurde bisher das Bürgergeld gestrichen – Verblüffende Antwort aus Heil-Ministerium
6. Weiter Weg zur Entgeltgleichheit: Aktueller Überblick leuchtet Gründe für und Strategien gegen die geschlechtsspezifische Entgeltlücke aus
7. Die Regierung manipuliert die Bevölkerung hinsichtlich der Wirtschaft
8. Milliardäre stoßen in 90 Minuten mehr CO2-Verschmutzung aus als der Durchschnittsmensch im Laufe seines Lebens
9. Corona: Übersterblichkeit und Impfverlauf passen nicht zusammen
10. Corona-Pandemie: Wie Österreichs Regierung Medien dirigierte
11. Großbritannien will Überwachung von Krankenversicherten und Straftätern mit Sensoren am Körper einführen
12. Bettina Böttinger schießt gegen Alice Schwarzer – „Freier Fall in Richtung Sexismus“
13. Verdachtskündigung: Mit Nazi-Recht gegen moderne Arbeitnehmer
14. Cancel Culture: Berliner Chöre sollen Hit von Udo Lindenberg nicht singen
15. Historikerin: Wie sinnvoll ist es, die DDR eine Diktatur zu nennen?
16. Die Nieten festnageln

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Neue Sprachregelung: Kiew wird Kyjiv – und verliert trotzdem**
   Nach der "taz" haben sich nun auch die "Zeit" und der "Spiegel" der offiziellen ukrainischen Sprachregelung angepasst: Kiew wird "Kyjiv". Um die Wahrheit über das Land zu erfahren, muß man allerdings andere Medien lesen.
   Voller Stolz verkünden unsere Leit-Medien, dass sie jetzt endlich dem sehnlichsten Wunsch von Wolodymyr S. und Wladimir K. folgen und Kiew ukrainisch-korrekt Kyjiv nennen. "Der SPIEGEL passt die Schreibweise für den Namen der ukrainischen Hauptstadt an – und nennt sie jetzt so, wie sie offiziell heißt", heißt es beim "Spiegel". "Ein Zeichen gegen die Auslöschung – die ZEIT nennt die ukrainische Hauptstadt jetzt so, wie sie wirklich heißt", brüstet sich die ZEIT. […]
   Der Lage vor Ort bringen uns diese Sprachregelungen allerdings keinen Schritt näher. Wer wissen will, wie es um den Krieg steht, kann sich nicht auf deutsche Medien verlassen.
   Quelle: Lost in Europe
2. **Zu unkritisch gegenüber Selenskyj? EU will Ukraine zur Reform von Kriegs-TV-Sendung bewegen**
   Brüssel äußerte erstmals Kritik am ukrainischen Kriegstelemarathon. Die EU-Kommission wünscht sich mehr Pluralismus. Kiew reagiert irritiert.
   Seit Beginn des russischen Einmarsches senden die großen ukrainischen Fernsehsender rund um die Uhr den staatlich finanzierten „Telemarathon" oder „United News". Das erklärte Ziel ist es, die Moral der ukrainischen Soldaten hochzuhalten und Desinformation zu bekämpfen. „Der ‚Telemarathon' ist eine Waffe. Er ist ein vereinter Informationsraum. Er arbeitet für die Ukraine und gegen Russland", hatte Präsident Wolodymyr Selenskyj erklärt.
   Doch nun hat die Europäische Kommission den „Telemarathon" zum ersten Mal kritisiert, Bedenken hinsichtlich seiner Objektivität geäußert und die Ukraine aufgefordert, ihre pluralistische Medienlandschaft wiederherzustellen.
   Quelle: Berliner Zeitung

   Anmerkung unserer Leserin S.B.: *Kommt hier ein Hauch von Erkenntnis, dass die einseitige Manipulation so nicht weitergehen kann? Welche Stimmen von welcher Opposition sollen denn hier angemessen vertreten werden? Die Opposition ist verboten ebenso wie die freien Medien. Wie sieht es denn bei unseren eigenen „Leitmedien" aus, werden auch die von den recht einseitigen Berichten Abstand nehmen und zu mehr pluralistischer Medienlandschaft umschwenken?*

   dazu: **Tomahawk-Leak in den USA? Selenskyj kritisiert Weißes Haus nach Medienbericht scharf**

Der ukrainische Präsident reagiert erbost auf einen Zeitungsartikel in der New York Times. Das Vertrauen zwischen Kiew und Washington scheint zerrüttet zu sein. […] Zuvor berichtete nämlich die New York Times über einen geheimen Punkt des ukrainischen Siegesplans. Selenskyj soll sich demnach um ein „nichtnukleares Abschreckungspaket“ bemüht haben. Dieses Paket, so die amerikanische Tageszeitung, soll unter anderem die berüchtigten Tomahawks beinhaltet haben, die ab 2026 auch in Deutschland stationiert werden sollen.
Quelle: Berliner Zeitung

3. **Georgien sollte nicht der Alternative EU oder Russland ausgesetzt sein**
   Warum wird Georgien nicht zugestanden, einen gleichen oder ähnlichen Abstand zu Russland wie zur Europäischen Union zu erwägen? Was ist verwerflich daran, wenn die Regierung in Tiflis eine durch Brüssel nur mäßig honorierte Parteinahme gegen Russland verweigert? Es ist geradezu paradox, dass die EU zwar jede Menge Beitrittsaspiranten einsammelt, sie aber in Warteschleifen ohne Ende kreisen lässt. Während die Bewerber manche Vorleistungen zu erbringen haben, bleiben die der EU – geht es um einen verbindlichen Beitrittstermin – dem Vagen verhaftet.
   Quelle: Lutz Herden in der Freitag
4. **Flüchtlingsabwehr vor Recht**
   Die EU bricht mit mehreren Abkommen mit Marokko internationales Recht und stützt mit ihnen Rabats Fremdherrschaft über die letzte Kolonie auf dem afrikanischen Kontinent – die Westsahara. Dies bestätigt der Europäische Gerichtshof (EuGH), das oberste Gericht der EU, in einem Urteil, das Anfang Oktober die Handels- und Fischereiabkommen der Union mit dem nordafrikanischen Land für rechtswidrig erklärt hat. Ursache ist, dass die Abkommen mit Marokko geschlossen wurden, sich aber auch auf die Westsahara beziehen, die Marokko, wie der EuGH bekräftigt, rechtswidrig besetzt hat; dem Gericht zufolge muss die EU Abkommen, die das Gebiet betreffen, mit der legitimen Repräsentanz der sahrauischen Bevölkerung schließen – mit der Frente Polisario. Damit entspricht das EuGH-Urteil der Position der Vereinten Nationen, die der Westsahara aktuell einen Kolonialstatus zuschreiben. Brüssel und Berlin nehmen das Urteil „zur Kenntnis“, leiten aber keinerlei Schritte ein, ihm Rechnung zu tragen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigt an, sie wolle die „tiefe Freundschaft“ mit Marokko „auf die nächste Ebene heben“. Es geht um Flüchtlingsabwehr und um erneuerbare Energien.
   Quelle: German Foreign Policy
5. **So vielen Totalverweigerern wurde bisher das Bürgergeld gestrichen – Verblüffende Antwort aus Heil-Ministerium**
   Anlass ist eine Anfrage von Heidi Reichinnek. Die Vorsitzende der Linken-Gruppe im

Bundestag wollte von der Regierung wissen, in wie vielen Fällen das Bürgergeld wegen Arbeitsverweigerung komplett gestrichen wurde. Die Antwort: „Statistische Angaben hierzu liegen nicht vor“, erklärte eine Staatssekretärin aus dem Ministerium. Ob auch nur in einem Fall das Bürgergeld um 100 Prozent gekürzt wurde, sei offiziell nicht bekannt, berichtete die Welt, der die Antwort vorliegt.
„Die Ampel macht Politik nicht basierend auf Fakten, sondern richtet ihr Fähnchen nach dem Wind“, erklärte Reichinnek laut Welt. Offenbar bestehe kein Interesse an der statistischen Erhebung der neuen Sanktionspraxis.
Quelle 1: Merkur.de
Quelle 2: Welt Online (Bezahlschranke)

6. **Weiter Weg zur Entgeltgleichheit: Aktueller Überblick leuchtet Gründe für und Strategien gegen die geschlechtsspezifische Entgeltlücke aus**
Der Fortschritt ist bisweilen eine Schnecke – besonders in Sachen Geschlechtergleichheit. Wie weit der Weg dahin auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch ist, welche Hindernisse es gibt und wie sie sich überwinden lassen, hat die Wirtschaftswissenschaftlerin und Beraterin Dr. Andrea Jochmann-Döll analysiert. […]
„Die Studie macht deutlich, dass Entgeltgleichheit von Frauen und Männern kein Wunschtraum ist, denn es gibt erprobte Mittel gegen Lohnungleichheit“, so Christina Schildmann, Leiterin der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung. „Doch der Weg dorthin ist vielerorts noch weit.“
Quelle: Hans Böckler Stiftung
7. **Die Regierung manipuliert die Bevölkerung hinsichtlich der Wirtschaft**
Meinungsumfragen zeigen immer wieder, dass die Wirtschaft für die amerikanischen Wähler eines der wichtigsten Themen, wenn nicht sogar das wichtigste Thema ist. Dies mag einigen seltsam erscheinen, da die offiziellen Regierungsstatistiken eine niedrige Arbeitslosigkeit und eine rückläufige Preisinflation ausweisen, was darauf hindeutet, dass die Federal Reserve eine „weiche Landung“ herbeigeführt hat, die die Inflation senkt, ohne eine Rezession auszulösen. Warum also die Sorge um die Wirtschaft? Ein Grund ist, dass immer mehr Menschen erkennen, dass die Wirtschaftszahlen der Regierung die Wahrheit über die Wirtschaft verbergen.
Quelle: Antikrieg
8. **Milliardäre stoßen in 90 Minuten mehr CO2-Verschmutzung aus als der Durchschnittsmensch im Laufe seines Lebens**
„Die extremen Emissionen der Reichsten, die durch ihren luxuriösen Lebensstil und noch mehr durch ihre umweltschädlichen Investitionen verursacht werden, schüren Ungleichheit, Hunger und bedrohen – das darf man nicht vergessen – auch Leben.“ Das ist die Quintessenz einer Studie der britischen Organisation Oxfam. Die US-Plattform «Common Dreams» hat daraus ein paar Ergebnisse übernommen und

zusammengefasst. (cm)
Quelle: Globalbridge

9. **Corona: Übersterblichkeit und Impfverlauf passen nicht zusammen**
Das Impfen sei der Ausweg aus der Pandemie, hiess es. Doch manche Länder, die viel impften, hatten dennoch hohe Übersterblichkeit.
Am Ende einer Pandemie zählt, wie viele Menschen mehr gestorben sind als sonst. Beim «Euromomo» Projekt («European Mortality Monitoring Project») einigten sich die europäischen Länder auf eine einheitliche Definition und Berechnung der Übersterblichkeit. Es erlaubt deshalb Vergleiche. Euromomo wurde ins Leben gerufen, um rasch zu erkennen, wenn irgendwo in Europa eine gefährliche Krankheit ausbricht. Seit rund 15 Jahren melden die beteiligten Länder wöchentlich ihre Sterbedaten an Euromomo. Doch im Rückblick auf die Corona-Pandemie fallen Widersprüche auf.
Quelle: Infosperber
10. **Corona-Pandemie: Wie Österreichs Regierung Medien dirigierte**
Mit der «Message Control» unterband die Regierung Kritik. Über eine teure Inseratekampagne verbreitete sie Falschinformation.
Der Public-Health-Experte Martin Sprenger von der Universität Graz war Mitglied der österreichischen Corona-Taskforce. Am 7. April 2020 schied er dort freiwillig aus. In seinen Büchern «Das Corona-Rätsel» (2020) und «Corona – Des Rätsels Lösung?» (2022) zieht Sprenger eine Bilanz der Pandemie. Infosperber veröffentlicht im Folgenden einen Auszug aus seinem zweiten Buch (Zwischentitel von der Redaktion). Sprenger wirft dem damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz vor, er habe auf eine «Eskalation der Angst» gesetzt anstatt auf Sachpolitik. «Das wirkliche Problem in Österreich sind die bewusst gewollte Intransparenz und die fehlende Informationsfreiheit», schreibt Sprenger. Die Informationskontrolle mit Hilfe der sogenannten «Message Control» habe «viel unnötiges Leid verursacht» und die Lernkurve während der Pandemie viel flacher gehalten als notwendig.
Quelle: Infosperber
11. **Großbritannien will Überwachung von Krankenversicherten und Straftätern mit Sensoren am Körper einführen**
Großbritannien macht einen großen Schritt in Richtung Erweiterung der Möglichkeiten des Staates, seine Bürger zu steuern und zu überwachen. Das Justizministerium prüft die massive Ausweitung des technisch überwachten Hausarrests für Straftäter. Gleichzeitig plant der staatliche Nationale Gesundheitsdienst NHS, Millionen Smartwatches und Smart-Ringe an die Versicherten zu verteilen. Damit sollen deren Körperdaten laufend überwacht, gemeldet und analysiert werden.
Quelle: Norbert Häring

12. **Bettina Böttinger schießt gegen Alice Schwarzer – „Freier Fall in Richtung Sexismus“**
Auch Agnieszka Brugger (39, Grüne) oder TV-Moderatorin Bettina Böttinger (68), die sich vor einigen Monaten von der WDR-Sendung „Kölnder Treff verabschiedet hatte, zeigten sich empört über die Auswahl Strack-Zimmermanns. „Daran ist nichts, wirklich gar nichts, feministisch“, schrieb Brugger auf der Plattform X. Schwarzer und die „Emma“ seien „mal wieder auf grotesken Abwegen“, die Begründung für den Schmähpreis sei „voll crazy“, hieß es weiter bei Brugger. „Freier Fall in Richtung Sexismus. EMMA gegen Frauen. Schade. Fing anders an. Damals. Lange her“, schrieb Böttinger auf ihrem X-Kanal.
Quelle: wa.de

Anmerkung unseres Lesers G.R.: *Das ist übrigens die selbe Brugger, die im Bundestag ein Loblied auf die NATO sang oder die Stationierung weitreichender US-Waffen in der BRD für richtig hält. Liebe Frau Brugger, “Daran ist nichts, wirklich gar nichts, emanzipatorisch. Eine Grüne ist mal wieder auf grotesken Abwegen. Eine derartige Politik ist voll crazy. Freier Fall in Richtung Militarismus. Grüne gegen Frieden. Schade. Fing anders an. Damals. Lange her.” Dümmer geht halt immer – vor allem bei den Grünen! Bei so viel Opportunismus könnte man eigentlich nur noch kotzen!*

13. **Verdachtskündigung: Mit Nazi-Recht gegen moderne Arbeitnehmer**
Unternehmen behindern häufig die Arbeit von Betriebsräten. Dabei nutzen sie ein dunkles Erbe: Die Verdachtskündigung entstand in der Nazi-Zeit. […]
Mit dem Mittel der “Verdachtskündigung” gehen Unternehmensleitungen auch gegen engagierte Betriebsräte vor. Ein prominentes Beispiel ist der Angriff gegen den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden im Unternehmen von Rainer Dulger, dem Präsidenten der “Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände”. “Als Anlass für die Kündigung des langjährigen Betriebsrats diente ein konstruierter Vorwand”, kritisierte das Komitee “Solidarität gegen BR-Mobbing!” bereits 2022.
Das Absurde daran: Unternehmen nutzen so Kündigungsmöglichkeiten, die im faschistischen Deutschland eingeführt wurden.
Quelle: Telepolis
14. **Cancel Culture: Berliner Chöre sollen Hit von Udo Lindenberg nicht singen**
Bei einem Festival im Stadtschloss darf der „Sonderzug nach Pankow“ im Original nicht angestimmt werden. Das beschloss nun die Stiftung Humboldt-Forum. […]
Der Grund: Lindenberg bezeichnet SED-Bonze Erich Honecker in seinem Song als Oberindianer („Ich muss mal eben dahin, mal eben nach Ost-Berlin, Ich muss da was

klär'n mit eurem Oberindianer"); darin wittert die Stiftung rassistische Motive: „Auch wenn das Wort in dem Lied in seiner Entstehungszeit 1983 eine metaphorische Konnotation hatte – und es sich damals satirisch-kritisch auf Erich Honecker bezog – sind wir uns auch bewusst, dass in dem Wort die Gewaltgeschichte der Kolonisierung indigener Bevölkerungsgruppen nachklingt."
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unseres Lesers G.R.: *Einfach hirnfrei! Vielleicht sollten die Verantwortlichen mal auf diese Seite schauen. Liebe Verantwortliche bei der Stiftung Humboldt-Forum: Was mag "indian" wohl bedeuten? Schornsteinfeger?*

dazu auch: **„Linksradikale Sekte", „Kulturlos": Wütende Reaktionen nach Lindenberg-Zensur**
Udo Lindenbergs Hit „Sonderzug nach Pankow" von 1983 wurde aufgrund der Bezeichnung „Oberindianer" zensiert. Davon sind Politiker und DDR-Historiker allerdings entsetzt.
Quelle: Focus Online

und: **Farce um Udo Lindenbergs „Oberindianer"**
Quelle: NachDenkSeiten

15. **Historikerin: Wie sinnvoll ist es, die DDR eine Diktatur zu nennen?**
Dass professionelle Geschichtswissenschaftler nicht zwischen NS- und SED-Diktatur unterscheiden, findet unsere Autorin besorgniserregend. Beobachtungen auf einer Gedenkfeier in Berlin. […]
Ist es sinnlos, an die Bedingungen, unter denen Deutschland 1990 seine Einheit vollzogen hat, zu erinnern? Sinnlos, sich Fragen zu stellen über die fragwürdige Arbeit der Treuhand oder die Ausübung der Demokratie, jener Demokratie, die in der DDR tatsächlich fehlte und die die Bundesrepublik „schenken" würde? Immer noch sinnlos, nach einer neuen Verfassung zu fragen, die versprochen wurde und nie kam? Normalerweise ist es doch die Verfassung, die die Demokratie garantieren kann!
Ist es sinnlos, daran zu erinnern, wie zu dieser Zeit die freie und unabhängige Presse, die in der DDR nach dem Fall der Mauer so schnell aufblühte, von den größten Titeln der westdeutschen Medien geschluckt wurde? Hätte nicht als Übergangsphase eine Konföderation möglich sein können? Es wäre ein Beispiel für ganz Europa gewesen. Hat das schließlich alles keine Wirkung auf die Gegenwart?
Quelle: Berliner Zeitung
16. **Die Nieten festnageln**
In seinem Sammelband „Gefährliche Nullen — Kriegstreiber und Elitenvertreter"

zeichnet Uwe Froschauer ungnädige, jedoch sehr wirklichkeitsnahe Porträts unseres Spitzenpersonals.
Quelle: Manova